

# Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. A.-lands-  
bezieher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.  
• Fernrufnummern: Berlin „Am Wilhelm“ 4952 und 5549. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber sein Ganzes werden  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied stehst an ein Ganzes Dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei  
Arbeitsmarktanteilen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,  
Betrag vorher einbringen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

## Krise, kapitalistische Wirtschaftsdiktatur und Gemeinschaftsarbeit.

Die aufpeitschenden Probleme der wirtschaftlichen und so-  
zialen Verhältnisse in Deutschland stehen am Jahresanfang  
1926 im Vordergrund des Interesses. Alles quillt durchein-  
ander. Das Elend der Massen zeigt sich in Millionenziffern  
von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Kein Wunder, daß man  
von allen Seiten nach Mitteln sucht, um dieser drohenden Ent-  
wicklung zu steuern. Heilsbotschaften werden verkündet, Erörter-  
ungen treten auf und propagieren auf Massen und Märkten Mittel  
und Ideen, die man als die alleinigen rettenden betrachtet.  
Wirtschaftsorganisationen von großer Bedeutung, wie der  
Reichsverband der Deutschen Industrie, veröffentlichen Denk-  
schriften und Programme. Im Schoße der Regierungen werden  
ernsthafte Beratungen gepflogen — alles zu dem Zwecke, an-  
stelle des rasenden Hin- und Herschwankens positiven Maß-  
nahmen den Weg zu ebnen.

In all dem Durcheinander kristallisieren sich auf der Unter-  
nehmerseite zwei Wege heraus, die man als die gangbarsten  
betrachtet: Die kapitalistische Wirtschaftsdiktatur und eine Art  
Gemeinschaftsarbeit. Die Vertreter der ersten Idee stehen  
hauptsächlich im Lager der schweren Industrie; deren sichtbar  
Niederfall findet sich in den Organen dieser Industriezweige.  
Doch auch der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte in  
seiner vor Weihnachten veröffentlichten Denkschrift so etwas  
wie eine kategorische Forderung, wie Steuerermäßigung, Ab-  
kehr von staatlicher Schlichtungspolitik für notwendig erachtet  
und deren unbedingte Durchführung gefordert. Nichtsdesto-  
trotz und mit absoluter Klarheit jedoch wird die kapitalistische  
Diktatur von der großen kapitalistischen Presse vertreten, wovon  
wir ein Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, herausgreifen  
wollen.

Doch zuvor ist daran zu erinnern, daß die verschiedensten  
Körperschaften der Industrie und der Landwirtschaft, und auch  
einzelne politische Parteien seit Wochen Beratungen pflegen,  
die ein mehr oder minder diktatorisches Programm zum Re-  
sultat hatten. Wir erinnern hier an eine Sitzung des Vereins  
Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wo der Generaldirektor  
der Gutehoffnungshütte, Dr. Neusch, mehr oder minder offen  
energische Maßnahmen in der Selbsthilfe der Schwerindustrie  
in Aussicht stellte. Und der Bommersche Landbund sagte kürz-  
lich in einer Entschließung u. a.: „Wir verlangen die  
Einführung eines Wirtschaftsdiktators, welcher  
ohne Rücksicht auf die Parlamente die Maßnahmen durchzuführen  
kann, die einem Zwangsverwalter der deutschen Wirtschaft ob-  
liegen.“ Deutlicher kann man in der Forderung nach einer  
Wirtschaftsdiktatur nicht werden. Die Vorschläge der „Deut-  
schen Bergwerkszeitung“ zweifelt einseitiger Diktatur zur Be-  
herrschung des Wirtschaftsapparates kommen klar und deutlich  
in der Neujaehrnummer zum Ausdruck. Wir zitieren daraus  
das Folgende:

„Macht die Öffentlichkeit — diesen Begriff im weitesten  
Sinne aufgefaßt — von der durch den Reichsverband (gemeint  
ist der Reichsverband der Deutschen Industrie) gegebenen Dis-  
kussionsgrundlage keinen Gebrauch und gelangt es vor allem  
nicht, die wirtschaftlichen Fragen dem Parteigetriebe zu ent-  
ziehen, dann ist die Wirtschaft frei in ihren Ent-  
scheidungen. Dann wird aber auch die in stärkerem Um-  
fange kommende Not ungewollt diejenigen Maßnahmen er-  
zwingen, die freiwillig nicht zu erhalten waren. Wenn man  
nach wie vor nicht in der Rettung der Wirtschaft, sondern in  
der Erhaltung des parlamentarischen Mandates bzw. der staat-  
lichen Funktion das Primäre erblickt, könnten sich verschiedene  
Möglichkeiten ergeben. Dann wird es entweder zu kommen,  
daß eines Tages im stillschweigend oder offiziell gegebenen Auf-  
trage der gesamten deutschen Wirtschaft irgend ein Wirt-  
schaftsführer diktatorisch im vollen Bewußt-  
sein der daraus entstehenden Konsequenzen  
erklärt, daß es so wie bisher nicht weiter gehen, und daß  
die Berufsstände die Regelung ihres Geschickes  
selbst zu bestimmen gezwungen seien.“

Dann wird bezeichnenderweise die Möglichkeit der Diktatur  
von der anderen Seite, d. h. von der Arbeiterseite, die angeblich  
unter dem kommunistischen Einfluß stände, in Aussicht gestellt.  
Dies ist natürlich nur eine Verlegenheitsausrede, die dazu dient,  
die kapitalistische Diktatur als desto notwendiger erscheinen zu  
lassen. Dann fährt die „Bergwerkszeitung“ fort:

„Weitere Möglichkeiten können darin bestehen, daß der  
Reparationsagent oder auch der Reichsbank-  
präsident, um das Schlimmste zu verhüten, zu diktatorischen  
Eingriffen übergehen wird. Die Möglichkeit dazu ist ohne  
weiteres gegeben; für den Reparationsagenten beruht sie in  
dem Dawes-Plan. Für den Reichsbankpräsidenten beruht  
sie auf der Beherrschung des inländischen Geldmarktes und auf  
seinen Beziehungen zum Ausland. Die hier geeigneten Möglich-  
keiten sind mehr diktatorischer Natur; sie müssen sich mit mehr  
oder weniger großer Wahrscheinlichkeit dann ergeben, wenn  
man die Dinge laufen läßt. Andere Entwicklungen können sich  
jedoch dann herausstellen, wenn man versucht, benutzt und plan-  
voll in der Wirtschaftsführung von allen staatlichen Zwangs-  
eingriffen und vor allem eine bewußte Verschwendung des Aus-  
maßes der staatlichen Ausgabenwirtschaft.“ Die „Bergwerks-  
zeitung“ schließt mit dem Satz: „Der Zweck dieser Zeilen ist  
erreich, wenn die Mahnung zum rechtzeitigen Handeln im  
neuen Jahr nicht überhört wird, wie es bisher der Fall war.“

Das ist die eine Seite der Meinung im kapitalistischen  
Lager, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die  
Schwerindustrie spinnt also den Gedanken, der in der Den-  
kschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nur zag-  
haft angedeutet wurde, mit der dieser Seite anhaftenden Kon-  
sequenz weiter. Er fordert die Verwirklichung. Etwas an-  
ders klingen allerdings Meinungen, die aus offiziellen Quellen  
der deutschen Industrie stammen. Da sind vor allem Äuße-  
rungen des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Reichs-  
verbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Kastl,  
in der „Industrie- und Handelszeitung“ von großem Interesse.  
Ausgehend von der Denkschrift des Reichsverbandes ist Dr.  
Kastl der Auffassung, daß bald etwas geschehen müsse, worauf  
er den Vorschlag macht: „Wir müssen schleunigst zur Gemein-  
schaftsarbeit kommen.“ Er erinnert an die Worte unseres ver-  
storbenen Genossen Begien vom Jahre 1918 bezüglich der

Arbeitsgemeinschaft und meint dann: „Diese Einmütigkeit im  
Handeln ist das, was der Reichsverband durch seine Denkschrift  
herbeiführen wollte. Nicht Kampf, nicht bloßes Regieren, nicht  
zersehnendes Kritik ist jetzt am Platze, sondern praktische, positive  
Vorschläge, um den Zustand zu ändern, dessen Vorhandensein  
und dessen Druck wir alle spüren, Unternehmer und Arbeiter,  
Händler und Verbraucher. . . Wenn die Vertreter der ver-  
schiedensten Wirtschaftskreise und der einzelnen Produktions-  
faktoren ernstlich die Absicht haben, sich zu fruchtbringender  
Arbeit an den Tisch zu setzen, dann werden sich Mittel und  
Wege ergeben, wie dem Fortschritt die Wege geebnet werden  
können. Daß dabei alle tiefe Opfer bringen müssen, ist selbst-  
verständlich.“

Diese Melodie ist eine andere als diejenige, welche aus dem  
Munde der Hochöfen und der Kohlenzechen uns entgegen-  
tönt; jedoch kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der  
Reichsverband der Deutschen Industrie seinen extremen Drüberen  
den Weg zu solchen Forderungen geebnet hat. Die Forderung  
des Herrn Geheimrat Kastl, bezüglich der Gemeinschaftsarbeit,  
ist natürlich sehr kritisch zu werten. Uns fehlt der Glaube, daß  
die Industrie es ernst meint mit der Forderung einer wirklichen  
Gemeinschaftsarbeit. Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit  
ist zurzeit sehr groß. Neben der Depression im Wirtschafts-  
leben, die naturgemäß die Gegensätze verschärft, muß, ist es  
die Verschiedenheit der Meinungen auf beiden Seiten, die zu-  
zeit eine Ueberbrückung als unmöglich erscheinen lassen. Wenn  
nun erst gar mit dem Gedanken einer Diktatur gespielt wird,  
dann ist vollends nicht damit zu rechnen, daß eine Gemein-  
schaftsarbeit in den Bereich der Möglichkeit rücken kann.

Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer es waren,  
die nach dem Währungssturz, als sie die Gewerkschaften durch  
das kalte Mittel der Inflation zur Bedeutungslosigkeit herab-

gemindert hatten, einseitig die Arbeitsbedingungen diktierten,  
den Achtstundentag beseitigten und wahre Mindestlöhne festsetzten.  
Die Arbeitsgemeinschaften mit den Gewerkschaften waren ihnen  
eine Hesse, die sie kaltblütig abstreiften, als sie dies für not-  
wendig erachteten.

Nun, nachdem die Gewerkschaften wieder zu einer Macht  
geworden sind, ertönt die alte Mattenfänger-melodie zur Samm-  
lung. Wir sind indessen keine Doktrinare, die eine wirk-  
liche Gemeinschaftsarbeit von vornherein ablehnen.  
Nur müßten unsere Erachtens einige Vorbereitungen un-  
bedingt erfüllt werden. Es würde zu weit führen, hier alles das  
aufzuzählen, was als unbedingtes Erfordernis erscheint, dem  
Gedanken einer Gemeinschaftsarbeit näher zu treten. Wir be-  
ginnen uns mit der Hauptforderung, die Gewerkschaften reiflos  
anzuerkennen und sie als gleichberechtigte Faktoren in allen  
Teilen und Funktionen des Wirtschaftslebens gelten zu lassen.  
Alles andere würde sich dann von selbst ergeben und aus dem  
Verhältnis der absoluten Gleichberechtigung resultieren. Es ist  
klar, daß auch die systematische Forderung gegen die Schlichtungs-  
instanzen aufhören müßte. Wir bezweifeln, daß sich die Unter-  
nehmer zu diesem Bekenntnis aufschwingen werden. Nun sie  
es dennoch, dann sehen wir keinen Grund, eine Aussprache im  
großen Rahmen von vornherein abzulehnen. Doch hören wir  
vorerst, wie weit sich die Dinge entwickeln werden.

Was jedoch die Diktatur anbelangt, die eine wirtschaftliche  
sein soll, jedoch zugleich auch als politische gedacht ist, so muß  
sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen ein solches  
Experiment wenden. Bereit sein ist hier alles. Ueber Nacht  
kann hier etwas entstehen, dessen Beseitigung schwierig sein  
wird. Die Gewerkschaften müssen ihre Postenketten schleunigst  
verstärken und alle Arbeiter sollten sie hierin mit allen Mitteln  
unterstützen.

## Das Auf und Ab der Wirtschaft im Jahre 1925.

### Kapitalmangel, Auslandskredite, Handelsbilanz.

Der Kapitalmangel bildet eine der Ursachen der heutigen  
Krise. Die Unternehmer belächeln die Kreditkrise als den eigent-  
lichen Teil der Produktionskrise zu bezeichnen. Dies ist natür-  
lich keineswegs richtig. In der Vorkriegszeit war die Ein-  
stellung des deutschen Unternehmertums ganz anders wie heute.  
Es hätte damals die Mehrzahl der Betriebe es abgelehnt,  
lediglich mit Krediten zu arbeiten, also von Kreditinstituten ab-  
hängig zu sein. Die Inflationsgewohnheiten haben auch hier  
viel verdorben. Doch ist der Kapitalmangel zweifellos vor-  
handen und kann ein Land wie Deutschland nicht ohne aus-  
reichende zirkulierende Mittel sein. Doch sind die Verhältnisse  
gerade in der letzten Zeit hierin sehr viel besser geworden. Die  
Reichsbank ist heute nach Aufhebung der Kreditbeschränkung  
viel nachgiebiger als früher. Und dennoch ist von einer Wirt-  
schaftsbelebung nichts zu spüren. Gerade am Jahreswechsel  
war Geld genug vorhanden, was aber nicht in einer Belebung  
der Produktion, sondern in einer der größten Krisen, die wir  
je erlebt, zum Ausdruck kam.

Die Ursache der Krise beruht in der falschen Wirtschafts-  
entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit. In der Kriegszeit  
wurden Unternehmungen gegründet, Betriebe erweitert, teil-  
weise nur mit staatlichen Geldern, ohne daß dabei das Vor-  
handensein dauernder Absatzmöglichkeit im In- und Auslande  
vorhanden war. Dieses Spiel wiederholte sich in der Infla-  
tionszeit, wo die Einkünfte so reichhaltig waren, daß man sie  
nicht anders als in der Vergrößerung der Betriebe und Neu-  
einrichtung von Unternehmungen aller Art zu verwenden mußte.  
Die Frage der Rentabilität und vor allem die Konkurrenzfähig-  
keit mit dem Auslande blieb außer Betracht. Das Ausland  
war bereits nach Kriegsschluß verpflichtet, sich auf rationelle  
Produktion umzustellen; bei uns trat diese Notwendigkeit erst  
im verflochtenen Jahr richtig zutage. In Deutschland ist mit  
dem vorhandenen mobilen Kapital geradezu gewirft worden.  
Denken wir zum Beispiel an Rheinmetall. Diese Firma baute  
sich nach dem Kriege Fabriken für Waggon- und Lokomotivbau.  
Als die Stabilisierungskrise kam, waren in Deutschland weit  
mehr Waggon- und Lokomotivfabriken vorhanden als in der  
Vorkriegszeit, der Bedarf an solchen aber wesentlich geringer.  
Rheinmetall geriet in Schwierigkeiten. Man sann auf Abhilfe  
und kam zu dem Ergebnis, die umfangreichen Neubauten abzu-  
reißen und zu verschrotten; sie konnten nicht in Betrieb gesetzt  
werden und deren Unterhaltung hätte jährlich eine halbe Mil-  
lion verschlungen. Was aber Rheinmetall an Geld zur Er-  
richtung der Werkstätten verbraucht, ist endgültig verloren. So  
ging es überall. Die innere deutsche Kaufkraft war zu gering,  
um die erhöhte Produktion aufzunehmen und mit dem Ausland  
war die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig.

Aus freiem Entschluß auf Grund besserer Einsicht sind die  
deutschen Unternehmer zur Abhilfe dieser Mißstände nicht ge-  
kommen. So mußte denn eine Krise kommen, die für Reini-  
gung des Apparats sorgt und eine Umstellung auf die mo-  
dernste Produktion erzwingt. Diese Krise wäre schon längst  
eingetreten, wenn nicht gewisse Einwirkungen deren Kommen  
zurückgedrängt hätten. Zu nennen sind hier vor allem die Aus-  
landskredite. Die Gesamtverschuldung an das Ausland wird  
mit 4 Milliarden berechnet, ja, die „Frankfurter Zeitung“ glaubt  
sogar eine solche von 6 Milliarden feststellen zu können. Diese  
Auslandskredite flossen teilweise in das alte Loch, d. h. sie  
wurden wiederum teilweise zur räumlichen Ausdehnung der An-  
lagen anstatt zur Modernisierung der Betriebe verwandt. Die  
Auslandskredite wirkten teilweise preissteigernd, indem sie in  
Papiermark eingelöst und dadurch als zusätzliche Kaufkraft in  
Erscheinung traten. Die Durchhaltung von großen Waren-  
lagern war teilweise nur durch Auslandskredite möglich. Teil-  
weise wurden aber auch die Auslandskredite nicht in Form von  
Geld, sondern in Form von Rohstoffen und Halbfabrikaten gegen  
oder die Devisen wurden sofort in Rohstoffe usw. umgewandelt.  
Die deutsche Handelsbilanz wurde durch die Auslandskredite  
nicht ungewollt beeinflusst.

### Wert des deutschen Außenhandels.

(In Millionen Mark.)

1924	Einfuhr	Ausfuhr
Januar . . . . .	584,8	431,1
Februar . . . . .	729,9	486,1
März . . . . .	692,7	456,6
April . . . . .	803,3	402,1
Mai . . . . .	887,7	516,2
Juni . . . . .	753,1	475,2
Juli . . . . .	551,4	573,4
August . . . . .	448,2	593,4
September . . . . .	623,4	564,0
Oktober . . . . .	885,6	611,8
November . . . . .	1048,3	643,5
Dezember . . . . .	1308,7	789,8

1925	Einfuhr	Ausfuhr
Januar . . . . .	1371,5	697,4
Februar . . . . .	1124,4	631,4
März . . . . .	1110,8	711,7
April . . . . .	1080,9	672,4
Mai . . . . .	1084,0	732,2
Juni . . . . .	1071,8	687,7
Juli . . . . .	1180,0	746,5
August . . . . .	1303,6	727,5
September . . . . .	1098,1	780,2
Oktober . . . . .	1118,9	851,4
November . . . . .	894,3	796,9

Mitte des Jahres 1924 war die deutsche Handelsbilanz  
aktiv, dann folgte eine starke Passivität, und im Monat De-  
zember 1925 bürtte wiederum eine Aktivität eingetreten sein.

Zusammenfassend über dieses Kapitel ist zu sagen, daß die  
Kapitalknappheit wohl besteht. Ihr Umfang ist jedoch gegen-  
wärtig derart, daß sie keinen Grund einer Produktionsminde-  
rung mehr bieten kann. Der Einwurf der Unternehmer, daß  
die Höhe der Löhne und Gehälter beschränkt werden müsse, um  
die Kapitalneubildung zu fördern, ist entschieden abzulehnen.  
Die Kapitalneubildung der Vorkriegszeit vollzog sich in der  
Hauptsache durch die Sparkraft der breiten Masse der Bevölke-  
rung. Die Kapitalammelbeden der Vorkriegszeit wurden von  
der großen Masse gepflegt, was folgende Zusammenstellung  
beweist:

Vor dem Kriege 1925		in Milliarden Mark	
Sparkasteneinlagen . . . . .	20	1,4	
Bankkreditoren . . . . .	9,4	5,8	
Sparbüchsen . . . . .	11,5	1,8	
Lebensversicherungspolizen . . . . .	0	0,7	

Würden die breiten Bevölkerungsschichten wiederum in die  
Lage versetzt sein, derartige Kapitalanlagen, die langfristig in  
den industriellen Produktionsprozess fließen, zur Verfügung zu  
stellen, so würde es keine Kapitalkrise mehr geben. Die Kapital-  
neubildung über den Umweg der Kapitalrente zu verlangen,  
was nur durch niedrige Löhne und Gehälter möglich ist, muß  
entschieden abgelehnt werden. Ein Kompromiß in dieser Frage  
ist unmöglich.

### Konkurse, Geschäftsaufsicht und Wechsel- proteste 1925.

Monat	Konkurse	Geschäfts- aufsicht	Wechsel- proteste
Januar . . . . .	796	256	—
Februar . . . . .	723	240	—
März . . . . .	776	309	2691
April . . . . .	687	223	2518
Mai . . . . .	807	351	2585
Juni . . . . .	766	328	2967
Juli . . . . .	797	375	3007
August . . . . .	751	379	3636
September . . . . .	914	459	3969
Oktober . . . . .	1164	633	4823
November . . . . .	1350	900	5660

Der Reinigungsprozess der Wirtschaft beginnt sich an vollziehen. Nur ist dieser ein sehr langsamer. Bei der kolossalen Ueberreaktion der Industrie und des Handels wollen solche Zahlen wie im November 1925 nicht viel besagen. Interessant ist die Statistik der Wechselkurse. Der Wechsel galt in der Vorkriegszeit als ein viel benutztes Zahlungsmittel; heute geben viele zu Protest, d. h. sie können nicht eingelöst werden. Auch dies sind natürlich hervorragende Anzeichen der Krise, wie sie am Jahresabschluss eintrifft.

### Die Produktion in den Schlüsselprodukten 1925.

Daß die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft im Grunde mit den technischen Hilfsmitteln im Jahre 1925 sich erheblich hob, dürfte aus nachstehender Zusammenstellung hervorgehen:

Monat	Eisen- tohle	Drum- tohle	Koh- eisen	Stahl	Stahl- abfag
1913 Monatsdurchschnitt je Reichsgebiet ohne Saar	11 720	7 209	910	981	925 800
Januar 1925	11 020	12 875	910	1181	1 600 080
Februar ..	10 595	11 158	873	1155	2 019 000
März ..	11 412	12 082	901	1209	1 440 000
April ..	10 802	10 719	896	1064	608 000
Mai ..	10 437	10 428	901	1115	781 000
Juni ..	9 870	10 888	941	1109	814 000
Juli ..	11 240	11 050	886	1031	950 000
August ..	11 061	11 488	796	899	1 044 000
September ..	11 955	11 949	735	880	1 012 000
Oktober ..	11 959	12 759	742	928	795 000
November ..	11 190	11 940	—	—	576 000

Diese Produktionsziffern wurden erreicht mit bedeutend weniger Anlagen und teilweise auch weniger Arbeitskräfte. So ist die Arbeiterzahl im Ruhrbergbau von 472 605 im Januar 1925 auf rund 400 000 im November 1925 zurückgegangen, ohne daß die Förderung eine nennenswerte Abnahme erfuhr. Im Stahlbergbau förderten 1925 von den vorhandenen 220 Schächten 90 und trotzdem höhere Förderung. Dasselbe Bild sehen wir in der Schwerindustrie. Die deutsche Arbeiterschaft schuf mit aller Intensivität, ohne daß dies in der Lohnhöhe, namentlich in obigen Industrien, irgendwie zum Ausdruck kam.

Eine interessante Statistik bildet die Wagenstellung der Reichsbahn. Ist doch die Bewegung der Güter ein Symptom für das Auf und Ab der Wirtschaft und ein Gradmesser der Konjunktur. Hier sehen wir nun folgende Entwicklung:

### Arbeitsfähige Wagenstellung der Reichsbahn (aus Wochendurchschnitten errechnet)

Monat	Zahl in 1000	Monat	Zahl in 1000
1913 je Reichsumfang	133,5	Juni 1925	117,3
Januar 1925	107,3	Juli ..	121,3
Februar ..	115,3	August ..	120,4
März ..	116,7	September ..	124,4
April ..	118,9	Oktober ..	131,6
Mai ..	120,9	November ..	127,2

Die Wagenstellung war im November immer noch höher als im Januar, was wohl mit den Herbsttransporten an Kohle, Kartoffeln, Rüben usw. zusammenhängen dürfte.

### Schlußbetrachtungen.

Wir haben uns bemüht, das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft an möglichst viel Bildern zu zeigen. Es dürfte ausreichen, um den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur zu erkennen. Der Ueberblick zeigt, daß es nicht an dem Fleiß der Arbeiterschaft lag, wenn die Wirtschaft erkrankte. Schuld an der ungeheure Depression ist in erster Linie die kapitalistische Wirtschaftsbauung, die die Menschheit bei überfüllten Warenlagern hungern läßt, die die Zirkulation des Weltmarktes nicht in Ordnung zu bringen vermag.

Es waren nicht die hohen Löhne, nicht die angeblich hohen Soziallasten, auch nicht der Kapitalmangel, denn das Kreditwillingen der Reichsbank ist in den letzten Wochen vor Jahresabschluss nicht einmal voll ausgeschöpft worden, wenn es zu einer derart harten Krise kam. Ein großer Teil der Schuld liegt an der verkehrten Kapitalinvestition, die das mobile Kapital entziehen ließ oder gar für immer vernichtete. Eine Gewinnbindung kann nur erfolgen, wenn die Preise der deutschen Produkte eine empfindliche Senkung erfahren. Die Kaufkraft der heimischen Bevölkerung ist so gering, die Möglichkeiten des Verkaufs nach dem Auslande verringert sich immer mehr und mehr, weil die Waren zu teuer sind. Folglich kann nur ein ganz empfindlicher Preisabfall den Weg aus dem Chaos bahnen. Herunter mit den hohen Warenlagern, laßt diese durch billige Preisgestaltung in die breiten Massen abfließen und die Fabriken und Werkstätten werden wieder neue Bestellungen erhalten und alles wird wieder seinen gewohnten Gang gehen. Nicht vereinbar mit diesen Zielen sind Wucherpreise und Syndikate, auch nicht hohe Schutzölle, sondern das freie Spiel der Kräfte muß die Wirtschaft wieder in allen Teilen durchbringen.

Ein starker Innenmarkt ist zu alledem ein unbedingtes Erfordernis. Deshalb kann keine Lohnverminderung, sondern eine Lohnerböhung in Betracht kommen. Die deutsche Arbeiterschaft sollte aus der Wirtschaftsgestaltung des verflossenen Jahres lernen. Die Berliner Handelskammer schloß ihren Jahresbericht mit folgenden Worten: „Wenn das wirtschaftliche Deutschland das Jahr 1925 nicht ohne Bedauern scheiden sieht, so wird es ihm am Schluß doch auch ein Gutes nachtragen müssen: Daß es ein Vorkämpfer gewesen ist für das, was zu tun und für das, was nicht wieder zu tun ist.“ Diesen Satz sollte sich auch die Arbeiterschaft zu Herzen nehmen. Unabhängige Stärkung ihrer Wirtschaftsorganisationen, der Gewerkschaften, und mehr Solidarität sind immer noch die einzigen Mittel, eine Wirtschaftskrise zu überwinden und eine wahrhaft ideale Wirtschaft aufzubauen zu helfen. Organisation ist auch hier das Hauptwort der Zukunft. Was der Gegenseite recht ist, muß der Arbeiterschaft billig sein. Mit diesem Grundsatze lassen wir dem Wirtschaftsjahr 1925 Valet. Es soll uns ein Vorkämpfer sein.

### Theoretische Zahlen des Verbandes deutscher Porzellangeschirrfabriken.

Wir haben unsere Mitgliedschaft schon ausführlich vom Stand der Preisabbaupolitik des Reichswirtschaftsausschusses gegen den Verband deutscher Porzellangeschirrfabriken unterrichtet und möchten auch nicht unterlassen, sie weiter davon zu informieren.

Gegen die jeinerzeitige Auffassung in dem Brief an den Reichswirtschaftsminister über die Höhe der Löhne, der Brennkosten, Soziallasten usw. wandte sich im „Berliner Tageblatt“ Dr. Hans Leyser, der während seiner dreiwöchentlichen Tätigkeit in einer Porzellanfabrik auch einige Industrielleninterviews sammelte. Er führte in dem Artikel u. a. aus: „Wer dagegen die Verhältnisse in der Porzellanindustrie genauer kennt, muß die Stichhaltigkeit des vom Verband zur Verteidigung seiner Preispolitik vorgebrachten statistischen Materials hart in Zweifel ziehen. Die 70 Proz. Preissteigerung der Rohstoffe trifft z. B. für Kohle — fast 50 Proz. aller Rohstoffe in der Porzellanindustrie sind Kohle — selbst unter Berücksichtigung der Frachtkosten bestimmt nicht zu. Die Reichsstatistik weist hier 25 Proz. aus. Der Kernfehler scheint sich aber an die angebliche 100 Proz. Steigerung der Brennkosten zu knüpfen. Die Brennstoffpreise begründen diese Steigerung, wie jeden

ausgeführt wurde, keineswegs, nicht einmal, wenn die 70 Proz. die der Verband als Steigerung der Brennkosten zugrunde legt, anerkannt werden. Und die Löhne! Das Brennpersonal, das früher zum Teil in zwei Schichten gearbeitet hat, arbeitet heute in kürzeren Schichten. Auch hier wollen wir, obwohl uns diese Zahl sehr zweifelhaft erscheint, 100 Proz. Steigerung der Löhne anerkennen. Wo aber bleibt, und das scheint doch wohl der Mittelpunkt des ganzen Problems, die Berücksichtigung der in den letzten zehn Jahren praktisch veränderten wärmetechnischen Fortschritte, die vielleicht in kaum einer Industrie von so umfangreicher Bedeutung sind, wie gerade in der Feinkeramik? ... Wehrt es sich noch der Erwähnung, daß vom Standpunkt des technischen Fortschritts aus betrachtet, auch die 100 Proz. Erhöhung der Lohnkosten gar nicht vorhanden ist? Die wissenschaftliche Betriebsführung, insbesondere die vergleichende Leistungsstatistik, hat in der Porzellanindustrie nie geahnte Leistungssteigerungen der Arbeiter zur Folge gehabt ...

Dieser Artikel wird im „Keramos“, Nr. 12 (1925), einer Betrachtung unterzogen und folgende Gegenüberstellungen gemacht:

	Prozentualer Anteil am Preis	Teuerungsinde- x	Bewogene Teuerungszahlen
Roh- und Hilfsstoffe	12, —	190,1	2281,2
Kohle	10,75	104,5	1059,9
Löhne	87, —	198,0	7252,0
Kapitalzins	9,80	240,0	2804,0
Verrentierung	8, —	159,0	450,0
Allgemeine Unkosten	21,89	181,0	3975,8
Gewinn	5,85	100,0	585,0
Summa	100, —	1211,6	18107,9

Einfacher Durchschnitt 173.  
Bewogener Durchschnitt 181,1.

Er schreibt dazu u. a.: „Diese Zahlen wurden folgendermaßen gewonnen. Es wurden Spezialerhebungen im Monat November 1925 bei Fabriken der Salen I und II angestellt. Für die einzelnen Positionen der Tabelle sind je nach der Position Erhebungen bei zwei bis neun Fabriken gemacht worden und zwar durch einen zu diesem Behuf besonders in die Fabriken entsandten Sachverständigen, der sich die Monatsbilanzen des Jahres 1924 und der ersten neun Monate des Jahres 1925 vorlegen ließ. Es muß noch erwähnt werden, daß die Fabriken der Salen I und II die fürante Verbrauchsware herstellen, und daß sich unter den Fabriken, bei denen die Erhebungen stattfanden, auch die größte und rationellst arbeitende Fabrik in

Setzt euch gegen die Zumutungen der Unternehmer, billiger zu arbeiten, den Achtstundentag zu misshandeln, energisch zur Wehr und schließt euch dem Verbande an. An eurer Geschlossenheit muß der Machtwille der Unternehmer scheitern!

Deutschland, wenn nicht gar der Welt überhaupt, lesend. Um die Methode der Erhebung klarzumachen, sei folgendes angeführt: Es wurde zunächst der jeweilige Monatsumsatz notiert, sodann die Kosten für die einzelnen in den Tabellen aufgeführten Sparten. So ergab sich z. B. in einer Fabrik für September 1925 eine Summe von 502 000 M., und eine Lohnkontensumme von 180 000 M., so daß also das Lohnkonto in jenem Monat 36 Proz. des Umsatzes betrug ... Gerade der letzte Posten dürfte derjenige sein, mit dem sich zunächst zu beschäftigen eine sachliche Kritik geeignet sein könnte. Die Kalkulationsnormen des Verbandes teilen den Anfall in Fabrikationsunkosten und Handlungsunkosten. Die Verbandsnormen geben für beide Arten der Unkosten zusammen 27,5 Proz. an ... Der Satz von 21,8 bleibt also hinter den Verbandsnormen nicht unwesentlich zurück.

Der Anfall „Kapitalzins“ wurde wie folgt ermittelt: Das von Kubikmeter Zement investierte Kapital wurde mit 1655 Rentenmark ermittelt. Das würde bedeuten, daß eine Fabrik mit einem Normallohn (65 ct/m) gegenwärtig einen Verkaufswert von 100 000 R.-M. hätte.

Bei den Erneuerungskosten wurde angenommen, daß die Anlage in 25 Jahren völlig erneuert werden muß. Diese Frist bedeutet nun eine vierprozentige Erneuerung im Jahr oder eine zweiprozentige vom Umsatz.

Wir sind natürlich der Meinung, daß die von uns gebrachten Aufstellungen unanfechtbar und jederzeit von Funktionären der Regierung auch in den einzelnen Fabriken nachprüfbar sind.

Soweit der „Keramos“.

Die Arbeiterschaft muß natürlich an diesen Aufstellungen zweifeln; denn sie kann in ihrer Gesamtheit nicht gelten lassen, daß der Lohnsatz gegen ehe dem sich verdoppelt haben könnte. Es ist ja bekannt, daß früher die Porzellanarbeiterschaft in manchen Gebieten tatsächlich miserabel bezahlt und ihre Arbeitskraft schlummer als die der Kohle ausgebeutet wurde; aber daß es so schlimm gewesen sein sollte, können wir ohne Nachprüfungsmöglichkeit nicht glauben. Das bedeutete ja, daß wir als Porzellanarbeiter einen Stand des Teuerungsindezes von mindestens 300 erkämpfen müssen, um nur endlich einmal die Grenze der Lebensmöglichkeit zu erreichen. Daß die anderen Kosten den Tatsachen entsprechen sollen, will auch nicht in unseren Köpfen.

Wir sind natürlich nicht in der Lage, die Aufstellung nachzuprüfen, weil uns die Unterlagen fehlen; aber wäre es denn nicht selbst im Interesse der Unternehmer gelegen, wenn sie auch einmal Arbeitervertretern mit Regierungsberechtigtem Einblick gewährten? Die Unanfechtbarkeit könnten die Arbeiter doch dann auf keinen Fall mehr anzweifeln.

Sollange uns die Klarheit nicht gegeben wird, müssen wir die eigenen Interessen heischen, denn es gibt so manche Dinge, die unsere Zweifel begründen und in der Praxis die schönen Zahlen in Tabellen vom „Keramos“ einfach als bloße Rechenzettel erscheinen lassen.

### Arbeiter-Wirtschaftsrüclagen.

Von W. Martin, Hermsdorf (Thür.).

Wiederum jagt eine Wirtschaftskrise die andere. Stets ist der Arbeiter Leidtragender, denn er verþürt die Nöte der Zeit zu ersten. Es ist deshalb gewagt, über Wirtschaftsrüclagen zu sprechen. Und doch kommt auch der Arbeiter an dieser Frage nicht vorüber, wenn er die kommenden Jahre einander sich abwechselnd Wirtschaftskrisen überleben will. Auch der Arbeiter muß mit seinem geringen Lohn haushaltplanmäßig umgehen und die Grundzüge der Rüclagen im Klasseninteresse beachten. Die Erläuterungen über den Gedanken der Arbeiter-Wirtschaftsrüclage werden beweisen, daß ein proletarisches Klasseninteresse vorliegt, das einzuhalten jeder Arbeiter moralisch gebunden sein sollte.

Die Inflationszeit ließ nicht zu, daß Arbeiterfamilien Rüclagen bilden konnten. Wohl darf festgestellt werden, daß die Sparbeträge der Vorkriegszeit einen sehr großen Teil Arbeitergehälter aufwiesen, die nicht im Klasseninteresse verwendet wurden.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft kann in früheren Zeiten nicht verglichen werden, weil unabweisbar die Lebenshaltung teurer ist und die Reallohne immer noch unter dem Vorkriegsstand als Kaufkraft stehen. Die Mühseligkeit, Müclagen anzuhäufeln, ist schwerer geworden, bei vielen Arbeitern sind sie unbrauchbar. Und doch ist es notwendig, schon heute diese Frage in das Stadium der Erörterung zu ziehen, da Sparpläne, Banken usw. wieder Sparpläne aufweisen und unter den Sparern sich Arbeiter bemerkbar machen. Die Möglichkeit des Sparens ist nicht zuletzt eine Vertrauensfrage geworden und richtig ist es, daß das öffentliche Vertrauen zur Sparfähigkeit überhaupt dank der Inflation und der ungenügenden Auswertung bis in das Innerste hinein erschüttert ist. Unter Konsumgenossenschaftspartys, die von ... Banken umweisen kleine Beträge auf, ein Reichen, daß es wieder die Sparfähigkeit einleitet. Die deutschen Gewerkschaften haben nach der Umwandlung der „Kapitalwertungsgesellschaft“ eine „Bank der Arbeiter und Angestellten“ ins Leben gerufen, zu dem Zweck, die proletarischen Gelder in den Dienst der Gesamtarbeiterbewegung zu stellen. Wenn auch die Arbeiterbank noch nicht die Rolle ihrer amerikanischen Schwesterinstitute spielt, so wird die Gewerkschaftsentwicklung auch ihr den Weg bahnen.

Bei allem muß stets oberster Grundsatz sein, die wieder erwachende Spartätigkeit der breiten Massen in die Bahn zu leiten, welche der Arbeiterbewegung dient. Wir wissen zu Genüge, daß die Privatbanken die Gelder für den kapitalistischen Kreislauf verwenden und oft genug ist darauf schon hingewiesen worden. Unsere Aufgabe muß es sein, die wieder erwachende Spartätigkeit unserer Bewegung anzuleiten.

Doch dieses allein soll durchaus nicht begründen, daß der Arbeiter Müclagen ansammeln soll. Niemals wird der einzelne Arbeiter in die Lage kommen, vernünftig genannt zu werden. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anseinerzusehen, daß Müclagen zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe notwendig sind.

Im Augenblick einer großen Wirtschaftskrise scheinen solche Hinweise unangebracht zu sein, wenn nicht Voraussetzungen beständen, die derartige Hinweise rechtfertigen.

Das Jahr 1926 wird das Jahr des Kampfes um das Lohnniveau werden.

Die Unternehmerverbände werden zweifellos die für sie günstige Situation ausnützen um die völlige Verklammerung der Arbeitnehmer zu vollenden. Es gibt wohl keinen dieser „unentbehrlichen“ Syndikate, welche sich in der Leitung des bekannten Geschreis: „Die Löhne sind zu hoch“, wenig Mühe gibt. Man wird den wirtschaftlichen Tiefstand zur Ursache nehmen, nicht etwa technische Neuorientierung vorzubereiten, sondern die Lohnverträge nach unten zu revidieren, sie überhaupt nicht neu abzuschließen. In verschiedenen Berufsgruppen sind die Anzeichen des Unternehmerwillens vorhanden: Keine Lohnverträge mehr. Die Forderungen der individuellen Lohnvereinbarungen waren doch so schön gewesen und bei dem Stand der heutigen Arbeitslosigkeit, der Dauerkrisen, glaubt man diesen bekannten Weg leicht beschreiten zu können. Der Kampf um das Lohnniveau wird von den Gewerkschaften aufgenommen werden müssen.

Die Streikunterstützungen unserer Gewerkschaften haben noch nicht wieder die alte Höhe erreicht, auch wenn sie nominell die alten Zahlen im Statist führen, die Kaufkraft ist nicht mehr vorhanden. Die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse haben in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß sie größer geworden sind. Die Anzahl der Beteiligten steigt. Unsere Gewerkschaften besitzen leider nicht mehr die Kriegsklassen von ehemals, sie müssen erst wieder durch die Mitglieder beiträge aufgefüllt werden. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat daher alle Ursache, sich zu rüclen. Zu dieser Rüclung gehört nicht nur ein hoher gewerkschaftlicher Beitrag, sondern auch eine Wirtschaftsrüclage, um allen Kämpfen genügend gewappnet zu sein.

Die nächsten Monate und Jahre werden wohl keine Lohnerböhung bringen, wenn nicht das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel, der Streik, in Anwendung tritt. Darüber müßte sich heute jeder Gewerkschaftler im Klaren sein, weil das deutsche Unternehmertum der Amerikanisierung der Produktionsmittel stark ablehnend gegenüber steht. Die Arbeiter-Wirtschaftsrüclagen bedeuten dann eine Stärkung des Streiks, weil der Arbeiter sich über den wirtschaftlichen Kriegszustand leichter hinweg zu helfen vermag. Gewiß werden die Gewerkschaften durch Anammlung der Wirtschaftsrüclagen nicht heilseits geschoben, im Gegenteil können die Gewerkschaften ihre Kämpfe wichtiger führen und brauchen die schwachen Seiten der Bewegung auf dem Passivablatz mit weniger Gefühls- und Zahlenmomenten zu belasten.

Es gibt in sehr vielen Orten eine Sparorganisation, welche bequem und weniger umständlich den Sparern höchstens die drei oder fünf Groschen der Wirtschaftsrüclage zuführt. Erziehungsgemäß beteiligen sich große Arbeiterkreise an solchen Einrichtungen. Selbst die Arbeiterbank kann in den meisten Orten organisatorisch auf diese Weise Fuß fassen. Die Gewerkschaften sind durch den Breslauer Beschluß verpflichtet, der Arbeiterbank hilfreich Hand zu leisten, und in dem kleinsten Ort kann dieser Beschluß praktisch in die Tat umgesetzt werden.

Die Arbeiter-Wirtschaftsrüclagen sollen im wesentlichen zur Führung proletarischer Kämpfe dienen. Sie müssen eine Ergänzung der Streikunterstützung darstellen, soll dem Klasseninteresse gebiert sein. Es gilt ja nicht nur, das Lohnniveau zu halten, sondern den Reallohn so zu verbessern, daß der Arbeiter ein besseres Auskommen hat. Darüber hinaus müssen die Arbeitergehälter den proletarischen Wirtschaftsbetrieben dienstbar gemacht werden. Der neue Zweig der Arbeiterbewegung, die Haushalten, benötigt genau so Betriebskapital, als Privatbetriebe es benötigen. Unsere Konsumgenossenschaften werden leistungsfähiger und können im proletarischen Interesse die Eigenproduktion fördern, wenn ihnen mehr Mittel zur Verfügung stehen. Auch der Wohnungsnot geht zu steuern durch die Anammlung der Wirtschaftsrüclagen zu kommunalen Hypotheken. Diese Nebenwege, verbunden mit dem Hauptweg, zu erreichen, liegt im Interesse einer kampfgestärkten, widerstandsfähigen Arbeiterschaft. Man und sich in die Spartätigkeit der breiten Massen bringen, sie für den proletarischen Wirtschaftsbefreiungskampf nutzbar zu machen, das ist die Aufgabe dieser Zeilen. Die Spargehälter der Arbeiter dürfen nicht wieder das Gros der Spareinlagen in den Privatbanken bilden wie vor dem Kriege, deshalb gebietet es die Stunde, am Anfang einer neuen Spartätigkeit Richtlinien aufzustellen und bewußt den Inflationsprozess des Geldes neue Wege zu weisen für das proletarische. Es gibt wieder — wenn auch noch wenige — Spargehälter unter der breiten Masse, sagt sie zusammen in einzelnen Betrieben, macht die Arbeiter-Wirtschaftsrüclagen zu einer Waffe des proletarischen Kampfes.

Vergeßt nicht,

für Zeiten der Not ist der Verband der beste Rückhalt!

## Der Regierungspräsident hilft den Unternehmern bei der Abwälzung des Betriebsrisikos auf die Arbeiter.

Wenn Betriebsbeschränkung oder Stilllegung die Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern erforderlich macht, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, sich mit dem Betriebsrat bzw. Betriebsausschuss möglichst längere Zeit vorüber über Art und Umfang der beschlossenen Maßnahmen ins Benehmen zu setzen. So bestimmt der § 44 des Betriebsvertragsgesetzes. Die Firma E. & C. Carlstens, Abt. Hübbe und Abt. Altes Werk und die von der Firma E. & C. Carlstens geachtete Firma Uffrecht & Co., sämtlich Steingutfabriken in Magdeburg, glauben diese Bestimmung des BVB nicht wachsam zu brauchen. Die Firma Uffrecht & Co. hat die Firma Uffrecht erst am 12. Dezember beim Regierungspräsidenten in Magdeburg angezeigt, daß sie ihre Betriebe stilllegen werden. Die Firma Altes Werk reichte die Stilllegungsanzeige am 1. Dezember 1925 beim Regierungspräsidenten ein. Man hätte erwarten dürfen, daß doch zumindest bei Erstattung der Anzeige über die Betriebsstilllegung der Betriebsrat von den Maßnahmen und Absichten der Betriebsleitung in Kenntnis gesetzt würde, aber auch dieses hielt die Betriebsleitung nicht für nötig. Erst am 16. Dezember 1925, also fünf Tage nachdem die Anzeige abgegeben war, wurde der Betriebsrat der Firma Uffrecht und noch einen Tag später der Betriebsrat der Firma Altes Werk von der erfolgten Stilllegungsanzeige in Kenntnis gesetzt. Es läßt sich verstehen, daß die Empörung der Arbeiter dieser Betriebe wegen der Nichtachtung der gesetzlichen Vorschriften durch die Arbeitgeber groß war. Die Empörung wurde noch dadurch gesteigert, daß sämtliche drei Firmen die Entlassung eines großen Teiles der Belegschaft vor Ablauf der Sperrfrist beim Regierungspräsidenten beantragten. Da nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten Entlassungen in größerer Zahl während der Sperrfrist zulässig sind, lag bei diesem die Entscheidung, ob die Sperrfrist zugunsten der Unternehmer abgelehrt werden soll. Am 21. Dezember 1925 fanden die nach § 3 der Stilllegungsverordnung vorgesehenen Verhandlungen vor dem 1. Bürgermeister in Neuhäselnleben als Polizeiverwalter im Auftrage des Landrats, welcher wiederum vom Regierungspräsidenten beauftragt war, statt. Die Arbeiter begünstigten ihr Vorgehen mit dem Mangel an Aufträgen und Geld, sie erklärten, nicht in der Lage zu sein, die Belegschaft bis Ablauf der Sperrfrist beschäftigen zu können. Von den Betriebsräten und dem Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes wurde, nachdem diese über das ungesicherte Vorgehen der Betriebsleitungen ihr Vorgehen ausgedrückt hatten, festgestellt, daß zurzeit noch in allen drei Betrieben fast ausschließlich auf Bestellung gearbeitet würde. Weiter wurde hervorgehoben, daß die Unternehmer bis zum Ablauf der Sperrfrist, wenn nicht solange laufende Aufträge vorliegen, auf Lager arbeiten lassen können. Dies Verlangen der Arbeiterschaft wurde damit begründet, daß die Unternehmer in den letzten zwei Jahren eine gute Konjunktur mit gutem Umsatz hatten, was dadurch bewiesen sein dürfte, daß alle Arbeitsplätze besetzt und lange Zeit hindurch nicht nur neu, sondern sogar schon 10 Stunden gearbeitet worden ist. Es ist ein sozial unhaltbarer Zustand, bei eintretender Krise das Betriebsrisiko fortzuwälzen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, um ja nichts von dem Gewinn der guten Zeit einbüßen zu müssen. Es wurde deshalb beantragt, das Verlangen der Arbeitgeber abzulehnen und die Betriebe in dem bisherigen Umfang bis Ablauf der Sperrfrist weiterzuführen. Das Vorbringen der Parteien wurde noch durch Schriftsätze belegt. In dem Schriftsatz der Arbeiterschaft war auch in der Verhandlung wurde darauf hingewiesen, daß die Annahme nicht unberechtigt sein dürfte, daß die Arbeitgeber mit diesen Maßnahmen die bevorstehenden Verhandlungen über den Reichslohn, das Lohn- und Arbeitsvertragsabkommen, beeinflussen wollen.

Bei dieser Gelegenheit muß auch einmal gesagt werden, daß es eine Gleichgültigkeit ist, um keinen schärferen Ausdruck gebrauchen, mit bezüglichen Verhandlungen die Polizeiverwaltung zu beauftragen, anstatt einen Beamten hierfür zu bestimmen, welcher in der Volkswirtschaft und mit den damit zusammenhängenden Verhältnissen bewandert ist. Dieser würde auf Grund seiner Kenntnisse ausgleichend wirken können.

Was der Arbeiterschaft für vollständig unmöglich erschien, nämlich, daß der Antrag der Arbeitgeber vom Regierungspräsidenten genehmigt würde, ist Tatsache geworden. Trotzdem ausreichende Gründe für das unbillige Verlangen der Arbeitgeber nicht vorliegen, wurde vom Regierungspräsidenten in Magdeburg mit Schreiben vom 20. Dezember 1925 die Zustimmung zu der Entlassung von Teilen der Belegschaft vor Ablauf der Sperrfrist gegeben. Die Folge dieser Zustimmung des Regierungspräsidenten ist, daß bei der Firma E. & C. Carlstens, Abt. Hübbe, am 2. Januar 1926 von etwa 430 Belegschaftsmitgliedern ungefähr 300 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen sind, welche ohne Zustimmung des Regierungspräsidenten bis Ablauf der Sperrfrist, also bis 9. Jan. 1926, hätten beschäftigt werden müssen. Bei der Firma Uffrecht erhielten am 2. Januar ungefähr 80 Arbeiter und Arbeiterinnen, nachdem 10 bereits vorher entlassen waren, von etwa 190 Belegschaftsmitgliedern ihre Papiere. In der Abteilung Altes Werk wurden von ungefähr 380 Belegschaftsmitgliedern vorläufig ungefähr 50 entlassen. Bezeichnend ist, daß selbst am Tage der Entlassung, also am 2. Januar 1926, in sämtlichen drei Betrieben, mit ganz geringen Ausnahmen, nur Ware auf Bestellung in Arbeit war, also für das Lager fast gar nicht gearbeitet wurde. Die Unternehmer können nun dank der Genehmigung der Entlassungen durch den Regierungspräsidenten den Gewinn der guten Zeit, wo die Löhne der Arbeiter ganz besonders niedrig waren, in dem Geldschrank behalten, aber brauchen die Sachwerte, sofern solche für den Gewinn angehäuft sind, nicht zu veräußern. Darüber hinaus können die Unternehmer bei den bevorstehenden Lohn- und Tarifverhandlungen, infolge der durchgeführten Maßnahmen, einen leichten Druck auf die Organisationsleitung und die Verhandlungskommission ausüben und so für bessere Abmachungsbedingungen auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterschaft Vorkehrungen treffen.

Weiter zeigte die Leitung der Mitteldeutschen Steingutfabrik in Magdeburg, daß sie in ihrem Vorgehen so recht, was das Unternehmertum will, indem sie folgenden Ausgang am 2. Januar 1926 in ihrem Betriebe erzielte.

### Bekanntmachung!

Da es uns nicht mehr möglich ist, die ab 1. Juli 1925 vorübergehend zugelegten außerordentlichen Zuschläge auf die effektiven Verdienste an das Personal der Dreherei und Malerei weiter zu zahlen, bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß wir von der nächsten Lohnwoche ab (also ab 7. bzw. 8. Januar 1926) den fälligen Zuschlag in der Höhe von ungefähr 5 Proz. nicht mehr zur Auszahlung bringen werden.

Althausen, den 31. Dezember 1925.

W. C. C. w. i. b.

Die Arbeiterschaft muß aus diesem Vorgehen der Unternehmer die richtige Lehre ziehen und sich fester denn je in ihrer Organisation zusammenschließen, um zur gegebenen Zeit greifen zu können, die Scharte der Wirtschaftskrise wieder wettmachen zu können. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf außerhalb der Organisation stehen. Nur mit vereinten Kräften wird es möglich sein, zur gegebenen Zeit anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Unternehmer abringen zu können.

D. Feldmann.

## Die Sozialversicherung im Jahre 1924/25.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift über die Sozialversicherung im Jahre 1924/25 veröffentlicht. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang mit dem erbitterten Streit über die Höhe der Soziallasten in der deutschen Wirtschaft und beweist, daß die von Unternehmerseite veröffentlichten Zahlen stark übertrieben sind. Vor allen Dingen wird auf Unternehmerseite übersehen, daß die Voraussetzungen für die soziale Fürsorge in der deutschen Wirtschaft wesentlich andere sind als im Jahre 1913.

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums beträgt der Gesamtaufwand für die Sozialversicherung im Jahre 1925 rund 2343 Millionen. Im Jahre 1924 belief er sich auf 2016 Millionen und im Jahre 1913 auf 1431 Millionen Mark.

Die Denkschrift geht dann auf die einzelnen Versicherungsarten ein. In der Invalidenversicherung mußten im Jahre 1925 1.600.000 Invaliden, 200.000 Witwen und 1.300.000 Waisen versorgt werden. Gegenüber 1913 ist festzustellen, daß die Zahl der Versorgungsberechtigten stark angezogen ist. Im Jahre 1913 waren zu versorgen 1.030.000 Invaliden, 120.000 Witwen und 400.000 Waisen. Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung betrug 1924 rund 100 Millionen; man schätzt ihn für das laufende Jahr auf mindestens 150 Millionen. Die Ausgaben für Renten machten im Jahre 1924, ohne Reichszuschuß, 257 Millionen Reichsmark aus; werden die übrigen Leistungen berücksichtigt, so kommt man auf eine Gesamtausgabe in Höhe von 310 Millionen Mark. Im Jahre 1925 wird nach dem bisherigen Stande ein Rentenaufwand von 370 Millionen Mark eingeschätzt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der neuzugeworbenen Invalidenrenten die der wegfallenden Renten stark übersteigt, und zwar um 140.000 bis 150.000 pro Jahr.

Die Krankenversicherung umfaßte im Jahre 1913 rund 14,4 Millionen Personen, 1922 aber 20 Millionen Personen. Für 1924 werden 19 Millionen Versicherte angegeben. Der Gesamtaufwand wurde bei den Krankentassen für 1924 auf 750 Millionen Mark geschätzt. Jedoch wird behauptet, daß die Schätzung in der Wirklichkeit weit überschritten worden ist. Genaue Angaben seien bis jetzt noch nicht fest. Den Ausgaben stand für 1924 ein Beitragsaufkommen in Höhe von 961 Millionen Mark gegenüber. Der Zuschuß des Reiches zu den Kosten der Familienwochenhilfe betrug 1914 rund 10 Millionen Mark. Für 1925 werden rund 20 Millionen Mark angegeben.

In der Angestelltenversicherung wurden am 1. Januar 1921 rund 25.771 Renten gezahlt, am 1. Januar 1924 45.285 und am 1. Oktober 1925 77.133. Da gegenwärtig im Monat rund 1600 Ruhegelder bewilligt werden, rechnet man im Jahre 1932 mit 90.000 Empfängern von Ruhegehältern und mit insgesamt 180.000 Rentenempfängern. Für das Jahr 1925 wird eine Beitragsentnahme in Höhe von 175 Millionen Mark erwartet. Die Ausgaben für Renten, Heilverfahren, Verwaltung usw. betragen im Jahre 1924 rund 90 Millionen Mark, im Jahre 1925 dagegen 67 Millionen Mark. Für 1926 rechnet man mit einer Steigerung auf 100 Millionen Mark.

Die Unfallversicherung umfaßt 780.000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten. Dazu kommen noch die Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden, für die 900.000 Versicherte angegeben werden. Gegenwärtig werden 600.000 Verletztenrenten und 120.000 Renten für Hinterbliebene gezahlt. Der Gesamtaufwand wird für 1925 auf 191,6 Millionen geschätzt. Im Jahre 1924 waren es 150,4 Millionen und 1913 228 Millionen.

Die Einnahmen in der Erwerbslosenfürsorge werden für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 mit 246 Millionen Mark angegeben. Ihnen stehen Ausgaben in Höhe von 249,8 Millionen Mark gegenüber. Für das Kalenderjahr 1925 werden die Ausgaben auf 230 Millionen Mark geschätzt. Darin sind die Kosten der Arbeitsnachweise nur soweit enthalten, als sie Verwaltungskosten der Erwerbslosenfürsorge darstellen.

## Erwerbslose und Pflichtarbeit.

Bei der jetzt herrschenden großen Arbeitslosigkeit versuchen sehr oft die Gemeindebehörden, ihre unterstehenden Erwerbslosen mit Pflichtarbeiten zu beschäftigen, die nicht als solche angesprochen werden können. Wenn sich diese Erwerbslosen dagegen wenden, wird ihnen sehr oft die Entziehung der Unterstützung angedroht. Genaue Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ist daher dringend notwendig. Es gelten für die Pflichtarbeit folgende Bestimmungen: Der § 14 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 lautet:

Unbeschadet der Vorschrift des § 13 hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiten dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen. Als Arbeitsleistung kann auch eine Tätigkeit bei öffentlichen Notstandsarbeiten verlangt werden. Der Verwaltungsausschuß kann über die Dauer der Arbeitsleistung Bestimmungen treffen und hat dafür zu sorgen, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die gemeinnützigen Charakter tragen und ihnen nach ihrem körperlichen Zustand zugemutet werden können.

Zu dieser Bestimmung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung ist folgende Ausführungsvorschrift vom 2. Mai 1925 noch in Geltung:

Den Erwerbslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden.

Der Träger der Pflichtarbeit soll den Erwerbslosen für Mehraufwendungen, die ihnen bei ordnungsmäßiger Ausführung der zugewiesenen Arbeiten entstehen, aus eigenen Mitteln eine angemessene Entschädigung gewähren, die weder 50 Prozent der dem Erwerbslosen während der Dauer der Pflichtarbeit zustehenden Hauptunterstützung noch zusammen mit der auf die Dauer der Pflichtarbeit entfallenden Hauptunterstützung die Vergütung, die der Pflichtarbeiter bei gleicher Arbeitsdauer als Notstandsarbeiter erhalten würde, übersteigen darf.

Die Arbeitsleistung des Pflichtarbeiters soll in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen. Die Unterstützungsbeträge der Pflichtarbeiter und die Entschädigung, die ihnen gegebenenfalls für Mehraufwendungen gewährt wird, sind nicht als Entgelt im Sinne der Kranken-, Invaliden- oder Angestelltenversicherung anzusehen.

Nach diesen gesetzlichen Vorschriften sind nur wirklich gemeinnützige Arbeiten, also solche, welche sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt würden, als Pflichtarbeit anzusprechen. Welche Arbeiten in der Gemeinde, welche notwendig sind, also verrichtet werden müssen, ganz gleich, ob Erwerbslose vorhanden sind oder nicht, dürfen nicht deshalb zu Pflichtarbeiten gezwungen werden, weil nun zufällig eine Anzahl Erwerbslose vorhanden sind. Wenn solche Arbeiten den Erwerbslosen übertragen werden, dann müssen diese als ordentliche Arbeiten mit dem tariflichen Lohn bezahlt werden. Weiter ist wichtig, daß die Pflichtarbeit in der Regel 16 Stunden in der Woche nicht überschreiten soll. Wesentlich ist noch, daß der Träger der Pflichtarbeit, also meistens die Gemeinde, den Erwerbslosen für Mehraufwendungen aus eigenen Mitteln eine angemessene Entschädigung außer der Erwerbslosenunterstützung zu gewähren hat. Diese Entschädigung darf 50 Proz. der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Diese Bestimmung ist vielfach noch unbekannt, und wird daher den Erwerbslosen, auch wenn

die Pflichtarbeit verrichten, nur die Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Kann den Erwerbslosen Arbeit nachgewiesen werden, dann geht diese Arbeit als Pflichtarbeit auf alle Fälle vor. Darüber, ob eine Arbeit als Pflichtarbeit anzusehen ist, ferner, ob sie dem Erwerbslosen auf Grund seines körperlichen Zustandes zugemutet werden kann, entscheidet der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises. Die Erwerbslosen tun auf, wenn sie die ihnen als Pflichtarbeit zugewiesenen Arbeiten genau auf ihre Eigenschaft als solche prüfen. Wenn sich dierhalb Differenzen mit der Gemeindebehörde ergeben, oder auch wenn diese sich weigert, die Zahlung einer Entschädigung für Mehraufwendungen zu leisten, reichen die Erwerbslosen Beschwerde beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises ein. Der Verwaltungsausschuß entscheidet über derartige Streitigkeiten. D. Feldmann, Neuhäselnleben.

## Zum endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Durch die Verfassung ist uns, den Arbeitern und Angestellten, die volle Gleichberechtigung im Staate zugesichert. Die Einrichtung der Betriebsräte war der erste Schritt zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben. Ausbaudingen sollen die Bezirkswirtschaftsräte folgen und das Ganze vom Reichswirtschaftsrat gekrönt werden. Bekanntlich liegt nun endlich ein Entwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates vor, über den bereits berichtet wurde.

Aber alles, was von der Arbeiterschaft verlangt wird, muß von den Unternehmern bekämpft werden. Einige Forderungen seien hier registriert. In der „D. W. Bztg.“ vom 5. Dezember tritt Dr. Otto Hugo, W. d. R. und Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bodum, auf. In einer längeren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, „daß der Reichswirtschaftsrat keine für unser wirtschaftliches und politisches Leben notwendige und zweckmäßige Organisation darstellt“.

Die Rheinisch-Westfälische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel beschloß sich in einer Vollsammlung ebenfalls mit diesem Gegenstand. Die Kammer kam nach einem Bericht des Syndikus und Oberbürgermeisters Dr. Wolf einstimmig (!) zu der Auffassung, „eine Steigerung der Qualität in den Leistungen des Reichswirtschaftsrates sei für die Zukunft nicht zu erwarten, solange nicht eine grundsätzliche Umgestaltung erfolge. Sie vertritt sich von der Schaffung eines endgültigen RWB für die Gesamtwirtschaftsinteressen keine wesentliche Förderung“.

Und die Essener Ortsgruppe der „Bela“ (Vereinigung der leitenden Angestellten) nahm zu dem Entwurf Stellung. Die Bela zählt in ganz Deutschland vielleicht einige tausend Mitglieder. Und was meinen die? Der Vorschlag sei eine große Gefahr für das Allgemeinwohl. Der Ausschlag der Bela von den Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einigen Organisationen stelle einen unverantwortlichen Bruch der von der Regierung zu wachsenden Neutralität dar. Zum Schluß sind die Belaleute der Meinung, daß ohne ihre Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann.

So klingt es allertwegen im deutschen Winterwalde. Ein sonderbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite immer und immer wieder lesen muß, daß die deutsche Arbeiterschaft (natürlich einschließlich der Angestellten und Beamten) nur unzulängliche Forderungen stellt, und nirgendwo ernsthaft am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten will, und hier? Wir sollen jedenfalls daraus erkennen, daß die deutschen Unternehmer nicht wollen, ja, daß sie diese Mitarbeit fürchten! Sie wollen uns nicht mitarbeiten lassen, wir sollen keinen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, wir dürfen nicht mitarbeiten, denn sonst könnten wir uns ja eines Tages einarbeiten und dann wären sie, die Herren der Wirtschaft — überflüssig!

Wer bisher die Tätigkeit der Handelskammern beobachtet hat und ihren gewaltigen Einfluß auf die Regierungskreise kennt, der muß mit uns arbeiten und streben, daß wir dort als Gleichberechtigte einziehen und mitwirken, ebenso wie im Reichswirtschaftsrat, trotz alledem!

## So sind unsere Syndici.

In der „Welt am Montag“ ist zu lesen: „Herr Dr. Länger von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schrieb am 22. Juli einen Aufsatz: „Gegen den Strom“, und darin u. a.: „Die Wirtschaft aber, aus der man alle diese Löhne, Steuern und sozialen Lasten ziehen will, sie denkt man sich wie im Märchenlande als unaussprechlich und mühselos sprudelnde Quelle“.

Man muß gestehen, daß die Herren Geschäftsführer der Vereinigung selbst sich wie im Märchenlande vorfinden müssen, wenn die Ausgaben richtig sind, die da in einer Schöffengerichtsverhandlung in Berlin-Mitte über die Zustände bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände anzugehen sind. Seit Jahr und Tag überschweben diese Vorkämpfer der Vereinigung die deutsche Öffentlichkeit mit ihren Aufsätzen, in denen der ewige Refrain wiederkehrt: keine Lohnsteigerungen, dafür Lohnherabsetzungen, Mehrarbeit, äußerste Sparsamkeit, Verbrauchseinschränkung! Das waren ihre Rezepte, nach denen wir gerettet werden sollten.

Aber die Herren Geschäftsführer der Vereinigung kurieren nur andere nach solcher Methode. Sie selbst wissen ganz anders für sich zu sorgen: Gehalt der drei Geschäftsführer zusammen monatlich 6000 Mk., trotzdem Zahlung von Vorschußen; „besondere Zuwendungen“, die nicht über Gehaltskonten laufen, um damit nicht der Einkommensteuer zu unterliegen (Herr Reichsfinanzminister!), Fahrkarten 2. Klasse bei Einstellen des Preis für die 1. Klasse, tägliche Sitzungen in renommiertesten Weinrestaurants usw.

Das sind nun die Vorkämpfer der Vereinigung, die dem deutschen Volke die Sparbarkeit predigen; es sind die Leute, die die Öffentlichkeit (Minister, Schlichter, Wissenschaftler) für ihre Sparsamkeitstheorie einstimmen.

Ist die unangenehme Veröffentlichung der „tatsächlichen Aktiennotiz“ mit dem historischen Schweigen des Herrn Dr. Meißinger, und daneben die Schöffengerichtsverhandlung über die liebliche Idylle in der Burggrafenstraße nicht ein bißchen viel auf einmal?

Was da die Berliner Gerichtsverhandlung offenbart hat, kann uns kaum überraschen. Es ist uns längst bekannt, daß das Getöse der Unternehmerrhodie von Einschränkung und Sparsamkeit eitel Heuchelei ist. Sie fordern Einschränkung nur für die anderen, für die Arbeiter, für ihre eigene Person aber sind sie für die gefüllte Tasche. Daß sie beim Füllen ihrer weiteren Taschen etwas breiit ausgreifen, entschuldigt ihr Eifer in Sachen des wirtschaftlichen Aufbaus, mit dem sie eben — irgendwo muß er doch beginnen! — bei sich selbst anfangen. Ubrigens betätigen ihre Brotergeber die gleiche Moral.

## Wirtschaftliches.

### Entstehung neuer Finanzriesen in Amerika.

Obwohl Amerika der Anbegriff aller Großen und Gewaltigen bildet, scheint selbst dort der Höhepunkt in der Machterhaltung privatkapitalistischer Unternehmungen noch nicht erreicht zu sein. In der Finanzwelt sah man aus der Entwicklung des dortigen Finanzkapitals, beflügelt von der Reichthumserschließung des Weltkrieges, einen Morgan als höchste Spitze herauswachsen. Jetzt soll die Macht Morgans ergäntzt und vervielfältigt werden, indem sich sechs der größten New-Yorker Damen zu einer Riesenfand fusionieren. Die fusionierte Großbank soll an eigenem Kapital 900 Millionen Dollar oder 3,8 Milliarden Mark besitzen. Insgesamt umfaßt die Kommandogewalt der sechs Banken ein Kapital von 6,4 Milliarden Mark.

Die Depositen der 80 deutschen Kreditbanken sind um 800 Millionen Mark geringer als die neue Kassenbank jenseits des großen Teiches. Immer neue Machterweiterung des internationalen Großkapitals; wo bleibt da die internationale Macht der Arbeiterbewegung? Sie muß sich rufen, um den Vorprung der Gegenseite auf allen Gebieten einzuholen.

### Gewerkschaftliches.

Die Stellung der Frau in der amerikanischen Industrie. Das Arbeiterinnenbüro des Departements für Arbeit der Vereinigten Staaten hat für den 18. Januar in Washington eine industrielle Frauenkonferenz anberaunt, die als eine der größten bis jetzt organisierten derartigen Veranstaltungen betrachtet werden kann. Es werden der Konferenz Vertreterinnen der meisten nationalen Arbeiterinnenorganisationen des Landes sowie der nationalen Verbände beizubringen, die speziell auch Frauen organisieren. Die Verhandlungen der Eröffnungsfeier werden per Radio verbreitet werden. Der Staatssekretär der Arbeit, Davis, führte bei einem Interview im Zusammenhang mit der Organisation der Konferenz u. a. aus: „Wenn man bedenkt, daß jeder vierte Werkstätige eine Frau, und jede vierte Frau eine Arbeiterin ist, so ist es nicht verwunderlich, daß sich die Frauen der Vereinigten Staaten so eifrig mit industriellen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Alle Führerinnen, die über praktische Erfahrungen verfügen, werden auf der Konferenz Gelegenheit erhalten, sich über alle die Frauen interessierenden Arbeitsprobleme auszudrücken.“

### Von der Keramikindustrie.

Vorzellanfabrik Lorenz Kattchenreuther A.-G. Von diesem Unternehmen heißt es in Zeitungsnotizen: Auf Anfrage wird mitgeteilt, daß die Gesellschaft für das Inland als auch für das Ausland betrübend beschäftigt war und daß auch zurzeit noch Aufträge vorliegen. — Das stimmt. Die Firma war im verflochtenen Jahr gut beschäftigt. In den schönsten Monaten plagten sich Gesellschafter mit Überstunden, opferten von ihrer Freizeit mehr als dienlich war und beim großen Kummel „Murgarbeit“, kurz vor den Weihnachtstagen, bekamen sie zum Teil Arbeitszeitverlängerung von den Verleitelungen als Christengaschank überwiegen. Das ist so der Brauch. Die Arbeiter-schaft muß immer unter Druck gehalten werden.

Vorzellanfabrik Franzenhuth A.-G. In der Generalversammlung gab der Vorsitzende des Aufsichtsrats bekannt, daß die Steuerschuld in der vollen Höhe von rund 505.000 R.-M. bestehen blieb und in einer neuen Bilanz aufgenommen werden mußte. Die Verhandlungen wegen der Steuerherabsetzung seien fortgesetzt worden und die Verwaltung vertritt die Ansicht, daß ein Vergleich mit dem Fiskus zustande kommen werde. Die neue Bilanz wurde einstimmig genehmigt. Und weiter teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit, daß das Unternehmen unter empfindlichem Geldmangel leide. Die bisherigen Verhandlungen zur Beschaffung von Betriebskapital seien auf Schwierigkeiten gestoßen, doch konnte der Betrieb — wenn auch in beschränktem Umfang — aufrecht erhalten werden, zumal Mitglieder des Aufsichtsrates Geld zur Verfügung stellten. Der Auftragsbestand könne unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage als ein guter bezeichnet werden. Die Zukunft der Gesellschaft sei von dem baldigen Gelingen der Bemühungen zur Beschaffung ausreichender Betriebsmittel abhängig. Die Lage müsse bis nach Durchführung eines Sanierungs- und Finanzierungsprogramms als ernst bezeichnet werden.

Vorzellanfabrik H. Rosenthal & Co. A.-G., Berlin. Vom Rechtsbüro des Betriebes in Selbst erhalten wir auf die Notiz in Nr. 2 der „Ameise“ hin ein Schreiben mit dem Bemerkung, daß die veröffentlichte Notiz in der Presse vom Werk in Selbst widerrufen worden sei, auch festgestellt worden, daß die Verwaltung der erwähnten Notiz vollkommen fernstehe. Die aus der Notiz gezogenen Folgerungen trafen deshalb nicht zu. — Wir haben heute noch keine Richtigstellung der Firma Rosenthal in den Händen und auch sonst noch keine zu Gesicht bekommen. Das Rechtsbüro hätte deshalb gut getan, auch der Redaktion der „Ameise“ eine zuzufügen zu lassen. Nach unserem Dafürhalten scheint es aber so zu liegen, daß bei der Firma Rosenthal die linke Hand nicht alles weiß, was irgend eine rechte tut; denn es kann doch nicht irgendein Unergründeter eine für den Stand der Aktien absichtlich bestimmte Notiz einfach aus dem Ärmel schütteln und sie einer Zeitungsredaktion übermitteln, die sie dann unbesonnen aufnimmt. Daß derartige Geschäftstriebe gegenwärtig dem Rechtsbüro nicht in den Kram passen, ist verständlich; denn das Rechtsbüro muß ja in Wärme wieder Tarifverhandlungen mit pflegen und braucht dazu ganz anderes Material vom Stand und der Geschäftslage der Rosenthal-Werke. Wir sind ja gespannt, was dort zum Vortrag kommen wird.

### Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Der Berliner Kollegenkreis zur Kenntnis, daß die Berliner Gewerkschaftsschule auch zu Beginn des Jahres 1926 neue Kurse abhält, und zwar:

C. 15. Einführungskursus: Wirtschaftliches und Sozialpolitisches aus der Tageszeitung. Lehrer: Richard Lindecke. Beginn: Montag, den 25. Januar 1926, abends 7 Uhr.

C. 16. Einführungskursus: Die gesellschaftliche Stellung der Arbeitnehmer. Lehrer: Maria Hobann. Beginn: Dienstag, den 26. Januar 1926, abends 7 Uhr (10 Abende).

SO. 7. Arbeitsgruppe Betriebslehre für Anfänger. Lehrer: Fritz Friede. Beginn: Dienstag, den 19. Januar 1926, abends 7 Uhr, Zimmer 19.

In nachstehenden, bereits im Oktober begonnenen Kursen können noch neue Hörer eintreten:

C. 11. Arbeitsgruppe Gewerkschaftswesen. Lehrer: Rich. Seidel. Beginn: Donnerstag, den 7. Januar 1926, abends 7 Uhr.

C. 5. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene I. Lehrer: Maximilian Lange. Beginn: Dienstag, den 26. Januar 1926, abends 7 Uhr.

C. 6. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene II. Lehrer: Max Klesse. Beginn: Freitag, den 29. Januar 1926, abends 7 Uhr.

Kurse mit dem Reichen C finden im Sophien-Anzenum, Weinmeisterstr. 16/17, Kurse mit dem Reichen E im Reichen Anzenum, Mariannenplatz, statt. Adresse der Gewerkschaftsschule ist: Berlin S.O. 16. Engelshof 24/25, I.

Krammenau. Das frühere freiherrliche Schloß welches zur Porzellanfabrik umgebaut wurde, hat wohl die Kunst gewechselt, aber der Geist aus der Zeit der Karlsruher hat sich zum überwindenden Teil auf die Firmeneinhaber Mann fortgepflanzt. Die Organisation war diesen Herren ein Dorn im Auge, was der, der den Mut aufbrachte, der Organisation beizutreten, wurde eifrig entzogen. Die Firma konnte nur Leute brauchen, die nicht murren und billig arbeiten, aber keine solche, welche eine eigene, selbständige Meinung hatten. Die Herren Mann vertraten den Standpunkt: Für die Arbeiter die Arbeit und für sich den Profit. Nach dem Tode des eigentlichen Besitzers lebte nochmals die alte Freiherrlichkeit in vollem Glanze auf, denn als Schwager der Witwe übernahm der Bruder des Verstorbenen, Ludwig Mann, ein alter Korpsstudent, die Leitung des Betriebes. Nachdem die Witwe die zweite Ehe, mit dem Rechtsanwalt Wönisch, geschlossen, trat wieder eine Wendung ein. Wer aber glaubte, daß es besser würde, hatte sich getäuscht. Die alte Tradition durfte nicht

verleitet werden, dafür sorgte der neue Herrmann und der von Selbst herbeigeleitete Direktor Lange. Von einem selbständigen Handeln ist bei letzterem nichts zu merken. Wenn die Arbeiterschaft ihre tariflichen Rechte forderte, erklärte dieser, daß er erst beim Rechtsanwalt anfragen müsse. Sein Tätigkeitsgebiet scheint das Vergleichen zu sein. Vor zwei Jahren, als die Arbeiter eine Lohnaufbesserung forderten, erklärte der Direktor: Bevor er eine Lohnaufbesserung bewilligen könnte, müsse er einen großen Berg erklimmen; wenn er dann oben angekommen und verschauelt habe, müsse er noch eine Zeit warten, und wenn es dann dem Betrieb besser ginge, könnte nochmals darüber gesprochen werden. Das Vergleichen scheint aber zu beschwerlich zu sein, deshalb greift man zu bequemeren Mitteln, um den Berg hinaufzukommen. Erinnert sei nur an den dreiprozentigen Lohnabzug, an die schlechten Akkordpreise und die hohen Strafen. Auch die Behandlung der Arbeiterschaft läßt manches zu wünschen übrig. Hierin zeichnet sich besonders ein Angestellter Neul aus. Da die Direktion große Angst vor Feuergefahr hat, deshalb ist das Rauchen streng verboten; selbst im Abort darf nicht geraucht werden. Neul spürt überall herum, um einen Sünder zu erwischen. Wie es scheint, betätigt er sich nebenbei noch als Abortwächter. Es ist vorgekommen, daß Neul einem Besucher des Abortes die Taschen untersuchte, und, o Schreck, auch wirklich einen Zigarrentstummel fand. Trophäen Beugen beschäftigt, daß der Kollege nicht geraucht hat, behauptet Neul, daß der Kollege geraucht hätte. Nebenfalls hat Neul trotz seiner guten Nase den dort herrschenden Duft nicht von Zigarrentstummeln unterscheiden können. Ein anderer Fall: Ein Arbeiter wird am Vertischen beim Rauchen erwischt und vor den gestrengen Herrn Rechtsanwalt Wönisch zitiert. Nach juristischem Begriff geht es nicht ohne Strafe. Der Arbeiter hat zu entscheiden: entweder Entlassung oder zwei Wochenlöhne als Strafe. Die Entscheidung fällt schwer, denn beides wirkt empfindlich. Wönisch zeigt sich nobel und geht zurück auf einen Wochenlohn; das aber ist das geringste. Trophäen der Betriebsrat dagegen Protest erhebt, wird in Raten von 250 M. die Strafe abgezogen. Das Verbuchen ist dadurch gesühnt; die Familie hungert zu Hause. Was schert das Wönisch! Vor ungefähr 17 Jahren hat es in diesem Betrieb gebrannt. Ein angelobtes Eichenholz blieb in einem Winkel am Boden zurück. Ein Angestellter findet dies, natürlich ein Grund, bei der Direktion Meldung zu machen. Die erbehte Melodiana bleibt nicht aus. Die Sache aber wird so hingestellt, daß dies durch die bösen Arbeiter verschuldet wurde, indem wieder einer geraucht und den Stummel weggeworfen hat. Es geht nicht anberz, alles haben die Arbeiter getan. Der Arbeiterschaft möchten wir empfehlen, sich nicht durch Gewaltmaßnahmen provozieren zu lassen, sondern fest und geschlossen zur Organisation zu stehen, damit der Machtbündel der Firma nicht in den Himmel wächst. Der Direktion und dem Rechtsanwalt Wönisch möchten wir aber sagen, daß die Gebuld der Arbeiterschaft bald zu Ende ist. Es wird Zeit, daß sich ein anderes Wirken bemerkbar macht.

### Versammlungsberichte.

Germerheim. Die Generalversammlung vom 14. Dezember 1925 eröffnete der Vorsitzende mit der Begrüßung dreier neu hinzugekommener Kollegen. Bei der Wahl ging der Vorsitz an den Kollegen Hermann Reichling über. Ein Antrag, daß die Bibliothek mit dem Verein der Sozialdemokratie Germerheim sich zusammenschließt, wurde einstimmig angenommen. Auch wurden 10 M. bewilligt zur Anschaffung von Bibliotheksbüchern. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß aus dem Sozialfonds jeden Monat 2 bis 4 M. an kranke Kollegen gezahlt werden. Anwesend 22 Kollegen.

### Literarisches.

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Es ist gut, wenn wir uns von Zeit zu Zeit wieder einmal darüber klar werden, was das Wesen einer auf marxistischer Grundlage zu erstrebenden Volksbildung ausmacht. Genosse Dr. Ritter-Warnsdorf gibt im Januar-Heft der „Urania“ darüber recht tiefgründende Ausführungen, die zugleich eine glänzende Redigierfertigkeit dieses „proletarischen Kosmos“ darstellen und für alle noch fernstehenden die dringliche Aufforderung in sich schließen, nicht länger zu zögern, regelmäßige Bezüge dieser Bildungszeitung zu werden. Aus dem reichen Inhalt des Heftes heben wir besonders hervor: „Mechanik im Tierkörper“ von Dr.-Ing. Feldhaus, „Rasse Mensch“ von Weithaus, „Ein neuer Keander-talmenschen-Fund“ von dem bekannten Paläontologen Prof. Dr. Aethio Abel. Im Beiblatt „Der Leib“ beginnt Julius Löwy unter der lockenden Ueberschrift „Das Wunder der Liebe“ eine fesselnde und für jedermann verständliche Schilderung der Wirkungsweise der Pubertätsdrüsen. Eine Anleitung zum Leben tierischer Fährten von Paul Walthers, praktische Rat-schläge fürs Mikroskopieren im auffallenden Lichte von W. Reuser, Experimentierede, Liebesgabe und interessante Notizen vervollständigen den unterhaltlich belehrenden Inhalt. Professor Dr. Max Abler: Kant und der Marxismus. Gesammelte Aufsätze zur Erkenntnistheorie und Theorie des Sozialen. Umfang 248 Seiten. Preis brosch. 3 M., kart. 4 M., Leinen 5 M. C. Landische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. — Professor Dr. Max Abler legt in dem vorliegenden Werk das Resultat mehr als zwanzigjähriger Studien über die Verbundenheit des kantischen Kritizismus mit der marxistischen Sozialwissenschaft nieder. Einige schon früher veröffentlichte Beiträge sind wesentlich erweitert worden und überhaupt ist die vorliegende Sammlung ein erster systematischer Abriss der soziologischen Anschauungen Ablers, die sich keineswegs stets eng an die Texte von Kant und Marx halten,

sondern durchaus selbständige Vermutungen und Schlussfolgerungen sind. Ausgehend von dem Grundpostulat kantischen Ethik: „Werbet nicht der Menschen Rechte“ der berühmten These des Philosophen: „... Es kann nicht entsehrlicher sein, als daß die Menschen unter dem Willen anderer stehen sollen.“ legt Abler die Wurzel der soziologischen Denkweltkritik wie der modernen Soziologie wobei er den zwingenden Nachweis führt, daß beide im Grundsatz identisch sind. So gelingt es ihm, immer in Anlehnung an Formulierungen Kants, deren sozialen Inhalt er offenkundig macht, vor allem die Klassenkampftheorie von den Entstellungen der Antimarkisten aller Lager zu reinigen und aus der Sache, daß auch dem Klassenkampf stets der Rahmen der ideologischen Formen des Bewußtseins gespannt bleibt, zu erklären, weshalb jeder Klassenkampf nicht nur ein Kampf ökonomischer Interessen, sondern zugleich ein Kampf um höhere Moral, um Licht und Vernunft sein müsse. Hochinteressant sind ferner die Ausführungen des bekannten Wiener Marxisten über Gleichheit der kantischen geschichtsphilosophischen Gedankengänge mit den Haupttheorien des wissenschaftlichen Sozialismus, der gerade in seinem am meisten bekämpften Inhalt weiter als das „soziologische Widerspiel der dialektischen Auffassung des Geisteslebens von Kant bis Hegel“ ist. Soziologische Philosophen und geistig Interessierte aller Lager werden mit dem hochbedeutsamen neuen Werke Ablers auseinander setzen müssen!

Julius Berfah: Die Reise mit dem Lumpensack. Berlin, S. W. Dieck Nachf., Berlin S.W. 68. In buntem Einband. Was kommt jetzt, wo es mit Niesenschriften Weihnachten zugeht, nicht alles an „Märchenbüchern“ auf Markt! Da gilt es auszuwählen, wenn man den Kindern wirklich gutes Märchenbuch geben will, das ihnen auch nützt. Ein Märchenbuch, „Die Reise mit dem Lumpensack“ von Julius Berfah, ragt durch die beson-nen Eigenart seiner Märchen aus dem großen Haufen heraus. sind einmal Märchen, die nicht in ein Land der Unwirklichkeit führen, um den Kindern schiefe Vorstellungen von der Wirklichkeit vorzugaukeln. Nein, mitten aus dem Leben ist da alles ausgegriffen und mit bunter Phantasie für die kleinen Kallien. Und Berfah kann formen und erzählen! Er versteht den einfachsten Dingen aus der Erlebniswelt des Kindes seiner Märchenprache farbigstes Leben zu geben. Gar viel gibt es bei diesen Märchen zu lernen, und das kleine Märchen wird dabei manchmal zum Nachdenken angeregt. Man glaubt nur nicht, daß es sich deshalb um ein Buch für die Welehrte handelt. Nein, bei alledem bleibt ein Märchen ein ganz richtiges Märchenbuch und ein besonders schönes und und wer erst den lustigen, farbenfrohen Einband und utelen, schönen Zeichnungen von Max Graefler gesehen hat, weiß bestimmt, daß in einem solchen Buch nur edler Märchengeist leben kann.

### Versammlungskalender.

Berlin-Charlottenburg. Bahstellerversammlung Donnerstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staats-Manufaktur in Charlottenburg, Wegelstraße.

Frauenruh. Hierdurch wird erinnert, daß Kranken- und Erwerbslosenunterstützung nur von 1 bis 3 Uhr jeden Sonntag abends, unter Vorlegung des Krankenscheines bezw. des Bescheinigungsbuchs ausgegahlt wird. Eine andere Zeit kann nicht mehr befristet werden. Der Kassierer.

Waldsassen. Am Sonnabend, den 16. Januar, veranstaltet die Bahnhalle Waldsassen zum 25jährigen Bestehen eine Feierkonzert und Ehrung des noch in Waldsassen befindlichen Gdungsmitgliedes Kollegen Karl Lippe.

Bahnhalle Waldsassen. Bekanntmachung! Den Kollegen und Kollegen gebe ich bekannt, daß künstlich Kran- und Erwerbslosenunterstützungen nur am Samstag, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, zur Auszahlung gelangen. Die Kollegenchaft wolle das zur Kenntnis nehmen und in Zukunft danach richten. Georg Bauer, Vors. und Kassierer, Lämmerader Nr. 1.

### Quittung.

Nach dem Aufruf für den Kollegen Jurke gingen den Bahnhallen folgende Beträge ein: Bahla, Pottschappel, Teltow, Döllsbors je 5.—; Tiefenfurt, Teltow, Rodach b. Coblenz, Golditz, Annaburg, Hennigsdorf, Nauenstein, Klau, Waldenburg, Selb-Blößberg je 3.—; Magdeburg, Meuselwitz, Nohfelden, Triptis, Teltow, Osterwerda je 2.—; außerdem 10 Kollegen August Förster, Teltow, 5.— M. Summa: 69.— Im Namen des Kollegen Jurke sowie der Bahnhalle Waldsassen bestehe Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Robert Kirstan, Kassierer, Großdubrau.

Für unsere kranken Mitglieder gingen folgende Beträge ein: Bahla 15.—; Arberg 10.—; Annaburg, Golditz, Hennigsdorf, Schirnding, Selb-Blößberg, Stablingsfeld, Tiefenfurt, Nordamm, Waldenburg je 9.—; Rodach 8.—; Margarethenhütte, Meuselwitz, Oberkohan, Nauenstein je 6.—; Blankenheim, Pottschappel, Thiersheim, Weiden, Zwidau je 5.—; Nohlau 4.—; Kirchenlamitz, Marktzeuthen, Walbershof je 3.—; Schwaben 2.—; Angenandt, Selb-Blößberg, 10.— M. Summa 197.— M.

Allen Gebern im Namen der kranken Mitglieder sowie Bahnhalle Schönwald herzlichsten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Bahnhalle Schönwald. J. A. Hans Berner, Kass.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der

**Volkshilfe**  
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche  
Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Lützowstr. 5.

Der Eintritt per 1. März evtl. später suchen wir einen erst-lässigen, tüchtigen

**Porzellansteifer**

Hand und Flachschiff. Derselbe soll als 1. Schleifer eine saubere Arbeit liefern und ungelehrte Leute anzulernen verstehen. Wegen Wohnungsmangel Anberz. bezogen. Best. Angebote an die **Karlskrona Porzellanfabrik** Karlskrona Schweden. (5)

Ueberheirater, 22jähriger Dreher, mit allen Facharbeiten vertraut, und 19jähriger Formgießer (Gießformen) suchen baldigt oder sofort Stellung im In- oder Auslande. Gefällige Angebote unter „F. 6“ an „Die Ameise“ erbeten.

Formgießer, ledig, welcher Abgießen und Einrichten kann, sucht Stellung für sofort oder später. Oberfranken oder Oberpfalz bevorzugt. Offerten unter „F. 7“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und (3a) das Gramm Feingold mit 2,78 Mf. bezahlt.**  
Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.  
Martin Kaufmann, Zwidau i. Sa., Werdauerstr. 25. Fernruf 610. Gegr. 1906.

Wir suchen, am möglichst sofortigen Eintritt  
**2-3 erstklassige, ledige Zellerdreher**

welche in Qualitätsfabrik nachweislich schon längere Zeit in diesen Artikeln gearbeitet haben. Es kommen nur erstklassige, nicht zu junge Facharbeiter in Frage. Angebote unter 6 der „Ameise“.

**Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.**  
Goldscheideanstalt / Begründet 1891  
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle  
Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art

Tüchtiger, sauberer Gesetzer, verheiratet, hauptsächlich in der Buchdruckbranche, sowie in Geschirrt, nur in besten Fabri Thüringen, Oberfranken und Baden gearbeitet, sucht Stellungsangebote unter „F. 5“ an „Die Ameise“ erwünscht.

Tüchtiger Modelleinrichter, der selbständig arbeiten Modelle herstellen kann, auch an sauberes Arbeiten gewöhnt sucht Stellung. Angebote unter „F. 3“ an „Die Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennig, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herberich, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.  
Druck: C. Janiszewski, Berlin S.O., Elisabethufer 28